

## **Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport**

An die  
Mitglieder  
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport  
der Stadtverordnetenversammlung

Kassel

Geschäftsstelle:  
Büro der  
Stadtverordnetenversammlung  
Rathaus, 34112 Kassel  
Auskunft erteilt: Frau Turski  
Tel. 05 61/7 87.12 26  
Fax 05 61/7 87.21 82  
E-Mail:  
andrea.turski@stadt-kassel.de

Kassel, 01.02.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **36.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport lade ich ein für

**Dienstag, 09.02.2010, 17.00 Uhr,  
Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel.**

### **Tagesordnung:**

- 1. Barrierefreies Rathaus**  
Anfrage der SPD-Fraktion  
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Petra Friedrich  
- 101.16.1565 -
- 2. Einrichtung einer Meldestelle für barrierefreie Wohnungen**  
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne  
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Petra Friedrich  
- 101.16.1583 -
- 3. Barrierefreiheit nicht zu Lasten blinder Menschen**  
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne  
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Petra Friedrich  
- 101.16.1584 -
- 4. Totalkürzungen und Sanktionen in den Geschäftsbericht der AFK aufnehmen**  
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG  
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Renate Gaß  
- 101.16.1593 -

5. **(Total-)Kürzungen im AFK-Bericht**  
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG  
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Renate Gaß  
- 101.16.1594 -

Mit freundlichen Grüßen

Hannelore Diederich  
Vorsitzende

## Niederschrift

über die **36. öffentliche Sitzung**  
**des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport**  
am Dienstag, 09.02.2010, 17.00 Uhr,  
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

**Anwesende:** Siehe Anwesenheitsliste  
(Bestandteil der Niederschrift)

### Tagesordnung:

- |    |  |             |
|----|--|-------------|
| 1. | Barrierefreies Rathaus   | 101.16.1565 |
| 2. | Einrichtung einer Meldestelle für barrierefreie Wohnungen                | 101.16.1583 |
| 3. | Barrierefreiheit nicht zu Lasten blinder Menschen                        | 101.16.1584 |
| 4. | Total Kürzungen und Sanktionen in den Geschäftsbericht der AFK aufnehmen | 101.16.1593 |
| 5. | (Total-)Kürzungen im AFK-Bericht   | 101.16.1594 |

Vorsitzende Diederich eröffnet die mit der Einladung vom 01.02.2010 ordnungsgemäß einberufene 36. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### Zur Tagesordnung

Stadtverordneter Lippert beantragt, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 wegen Sachzusammenhangs gemeinsam und in umgekehrter Reihenfolge aufzurufen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, so dass Vorsitzende Diederich die so geänderte Tagesordnung feststellt.

- 1. Barrierefreies Rathaus**  
Anfrage der SPD-Fraktion  
- 101.16.1565 -

### Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Für das Jahr 2009 ist für die Zweckbestimmung „Barrierefrei Bauen“ ein Investitionsvolumen von 100.000 € vorgesehen.

1. Unseres Wissens wurde zur Barrierefreiheit in Abstimmung mit dem Behindertenbeirat und dem Hauptamt bereits im Jahr 2008 ein Maßnahmenplan entwickelt, der für das Jahr 2008 z.B. die behinderungsgerechte Nachrüstung vorhandener Aufzüge mit einer Sprachausgabe vorsah. Wann wird diese Maßnahme konkret umgesetzt?

2. Welche konkreten Maßnahmen aus der aktuell vom Behindertenbeirat erstellten Prioritätenliste werden noch in diesem Jahr umgesetzt?
3. Werden nicht verbrauchte Haushaltsmittel in das Jahr 2010 übertragen und welche Ansätze sind für das „Barrierefreie Rathaus“ in den Jahren 2010 und 2011 vorgesehen?

Stadtverordnete Friedrich, SPD-Fraktion, begründet die Anfrage ihrer Fraktion.  
Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet gemeinsam mit Herrn Batscheider, Mitarbeiter des Amtes für Hochbau- und Gebäudebewirtschaftung, die Anfrage der SDP-Fraktion.  
Vorsitzende Diederich erklärt die Anfrage für erledigt.

**Die Anfrage ist beantwortet.**

## **2. Einrichtung einer Meldestelle für barrierefreie Wohnungen**

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne  
- 101.16.1583 -

### **Gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Einrichtung einer Meldestelle für barrierefreie Wohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbestand zu prüfen oder auf andere Weise sicherzustellen, dass Wohnungssuchende für eine barrierefreie Wohnung entsprechende Auskünfte aus einer Hand erhalten können. Die Meldestelle sollte so ausgestaltet sein, dass sich auch Vermieter nicht öffentlich geförderter Wohnungen daran beteiligen können.

Stadtverordnete Friedrich, SPD-Fraktion, begründet den gemeinsamen Antrag.  
Stadtkämmerer Dr. Barthel und Frau Steinbach, Amtsleiterin des Wohnungsamtes, beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.  
Nach längerer Diskussion zieht Stadtverordnete Friedrich für die Fraktionen von SPD und B90/Grüne den gemeinsamen Antrag zurück.

**Der Antrag wurde von den Antrag stellenden Fraktionen zurückgezogen.**

## **3. Barrierefreiheit nicht zu Lasten blinder Menschen**

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne  
- 101.16.1584 -

### **Gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird gebeten, sich bei der KVG dafür einzusetzen, dass bei Linienführung der öffentlichen Verkehrsmittel über das Stadtgebiet hinaus der Kasseler Standard bei den Zugängen zu den Haltestellen umgesetzt wird.

Stadtkämmerer Dr. Barthel erläutert, dass für die bauliche Angleichung der hessische Straßenbaulastträger (Amt für Straßen- und Verkehrswesen - ASV) zuständig ist und dieser eine bauliche Angleichung an den Kasseler Standard ablehnt. Die schriftliche Begründung der KVG wird als Anlage zur Niederschrift zugesagt.

Nach kurzer Diskussion zieht Stadtverordnete Friedrich für die Fraktionen von SPD und B90/Grüne den gemeinsamen Antrag zurück.

**Der Antrag wurde von den Antrag stellenden Fraktionen zurückgezogen.**

## **5. (Total-)Kürzungen im AFK-Bericht**

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.1594 -

### **Anfrage**

Wir fragen den Magistrat:

- 1) Wie viele Totalkürzungen und wie viele Teilkürzungen gab es im Jahr 2009 in den einzelnen Monaten bei der AFK? Bitte auch nach Gründen für die Kürzungen aufschlüsseln.
- 2) Wie viele Personen gibt es (monatlich), die zahlungsunfähig oder verschuldet sind bzw. kein oder zu geringes Einkommen und trotzdem keine Sozialleistung bekommen, weil sie nach Ansicht der Stadt verwertbares Vermögen besitzen, welches aber nicht realisiert oder realisierbar ist?
- 3) Wie vielen Personen wurde 2009 monatlich die KdU gekürzt bzw. ganz gestrichen? (bitte monatlich auflisten)
- 4) Wie viele Familien bzw. Bedarfsgemeinschaften mit Kindern und kranke Personen waren darunter?
- 5) Hat die Stadt Erkenntnisse darüber, was mit den Personen, denen die Leistungen komplett gestrichen wurde, geschehen ist und wie viele Personen dadurch obdachlos geworden sind?
- 6) Wie viele Anträge auf Mietrückstandsübernahmen gab es in 2009? (Bitte monatlich aufführen)
- 7) Wie vielen Betroffenen wurde eine Mietrückstandsübernahme gewährt?
- 8) Woher kommt nach Ansicht des Magistrats die Veränderung der Anzahl obdachloser Personen und Mietrückstände?
- 9) Wie wird auf die veränderten Zahlen bei Mietrückständen und Obdachlosigkeit reagiert?
- 10) Welche Konsequenzen zieht die Stadt Kassel aus dem Mangel an angemessenem Wohnraum für 1- bzw. 2-Personenhaushalte (über 75% der Haushaltsgrößen der EHB sind 1-2PHH) auf dem Wohnungsmarkt?

Herr Ruchhöft, Leiter des Sozialamtes und Geschäftsführer der AFK, beantwortet die einzelnen Fragen.

Vorsitzende Diederich erklärt die Anfrage für erledigt.

**Die Anfrage ist beantwortet.**

**4. Totalkürzungen und Sanktionen in den Geschäftsbericht der AFK aufnehmen**  
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG  
- 101.16.1593 -

**Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

sich dafür einzusetzen, dass im Geschäftsbericht der AFK die monatliche Anzahl der Personen im SGBII-Bezug

a) mit Totalkürzungen (Regelsatz + KdU) und

b) mit Totalkürzungen des Regelsatzes  
aufgeführt werden.

Außerdem soll sich der Magistrat dafür einsetzen, dass die im jeweiligen Jahr verhängten Sanktionen nach Sanktionsgrund aufgeschlüsselt werden, dass aufgeschlüsselt wird, gegen wie viele Sanktionen Widerspruch eingelegt bzw. Klage erhoben wurde und wie viele Sanktionen wieder zurückgenommen werden mussten.

Stadtverordnete Gaß begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Im Laufe der sich anschließenden Diskussion zieht Stadtverordnete Gaß den Antrag zurück.

**Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.**

**Ende der Sitzung:** 17.50 Uhr

Hannelore Diederich  
Vorsitzende

Andrea Turski  
Schriftführerin

## Anwesenheitsliste

zur 36. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport am  
Dienstag, 09.02.2010, 17.00 Uhr  
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

### Mitglieder

Hannelore Diederich, SPD  
Vorsitzende

Hannelore Diederich

Michael Bathon, CDU  
1. stellvertretender Vorsitzender

Anja Lipschik, B90 / Grüne  
2. stellvertretende Vorsitzende

Anja Lipschik  
i.v. Jordan

Wolfgang Decker, MdL, SPD  
Mitglied

Petra Friedrich, SPD  
Mitglied

Petra Friedrich

Heidemarie Reimann, SPD  
Mitglied

H. Reimann

Dr. Günther Schnell, SPD  
Mitglied

Günther Schnell

Sandra Rudolph, CDU  
Mitglied

entschuldigt

Lutz Schmidt, CDU  
Mitglied

Lutz Schmidt

Donald Strube, CDU  
Mitglied

Donald Strube

Karl Schöberl, B90 / Grüne  
Mitglied

Karl Schöberl

Renate Gaß, Kasseler Linke.ASG  
Mitglied

Renate Gaß

André Lippert, FDP  
Mitglied

André Lippert

### Teilnehmer mit beratender Stimme

Bernd Wolfgang Häfner, FWG  
Stadtverordneter

\_\_\_\_\_

Nuray Yildirim, AUF Kassel  
Stadtverordnete

Kenan Altinok,  
Vertreter des Ausländerbeirates

K. Altinok

**Magistrat**

Dr. Jürgen Barthel, SPD  
Stadtkämmerer

Barthel

**Schriftführung**

Andrea Turski,  
Schriftführerin

A. Turski

**Verwaltung/Gäste**

Marlene Jatzschneider - 651-

Ingrid Herberich - 64-

Beate Keds

Rachhöfer - 50

Alexander, Thomas

Suche

Friedrich Aul, SKR

Jatzschneider  
Herberich

HNA

Keds

Alexander

Behinderterbeirat

Aul





Kasseler  
Verkehrs-Gesellschaft  
Aktiengesellschaft

Verwaltung  
Königstor 3 - 13  
34117 Kassel  
Telefon 0561 3089-0  
Telefax 0561 782-21 21  
www.kvg.de

Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG, Postfach 10 20 47, 34020 Kassel

Per Telefax: 0561 787-2217  
Stadt Kassel  
Kämmerei und Steuern  
Frau Antje Kühn  
Rathaus  
34112 Kassel

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht

Unser Zeichen, E-Mail  
wiehü  
wiesenhuetm@kvvks.de  
Akten-Nr.

Telefon, Name  
93504-707  
Herr Wiesenhütter  
Kassel, 09.02.2010

**Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport am 09.02.2010**  
**Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN Nr. 101.16.1584:**  
**Barrierefreiheit nicht zu Lasten blinder Menschen**

Sehr geehrte Frau Kühn,

die KVG unterstützt das Anliegen des obigen Antrages.

Die vielfältigen Versorgungsfunktionen, die ein Oberzentrum neben Arbeits- und Ausbildungsangeboten für die ganze Region übernimmt, erfordern eine funktionsfähige, leistungsstarke und barrierefreie Mobilität sowohl innerhalb des Oberzentrums als auch aus dem Umland in die Stadt. Gerade Menschen mit Behinderungen sind dabei auf einheitliche Standards angewiesen, um sich sicher und verlässlich bewegen zu können. In Berücksichtigung der vielfältigen Pendlerbeziehungen ist es aus unserer Sicht sinnvoll, diese Standards nicht nur in der Stadt selbst zu manifestieren. Einheitliche, durchgängige Wegeketten erfordern eine Angleichung der baulichen Umwelt sowie eine einheitliche „Benutzeroberfläche“ im ÖPNV.

Die KVG als Bauherrin für die Tram-Strecke nach Vellmar und die KVV Bau- und Verkehrs-Consulting GmbH (KVC) als Planerin für den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen in der Gemeinde Söhwald haben versucht, den Kasseler Standard auf den barrierefreien Umbau der regionalen Verkehrsinfrastruktur anzuwenden. **Der an der Planung maßgeblich beteiligte hessische Straßenbaulastträger (Amt für Straßen- und Verkehrswesen – ASV) hat eine bauliche Angleichung der Infrastruktur an den Kasseler Standard jedoch abgelehnt.**

In Vellmar ging es dabei um die Frage, ob Querungen als so genannte „geteilte Querungen“ oder als vollständig abgesenkte Überwege ausgeführt werden sollen. Während die KVG in Anbetracht der sicheren Nutzbarkeit für blinde und sehbehinderte Menschen für die geteilte Querung plädiert hat, verfügte der Straßenbaulastträger durchgängig den Bau von vollständig abgesenkten Querungen.

Ⓜ Rathaus: RegioTram nr3, nr4, nr5; Tram 1, 3, 4, 5, 6, 8, 9; Bus 12, 50, 500 | Wilhelmsstraße/Stadtmuseum: RegioTram nr3, nr4, nr5; Tram 7, 9; Bus 12, 50, 500  
Ständepplatz: Tram 4, 7, 8 | Königsplatz/Mauerstraße: RegioTram nr4, nr5; Tram 1, 3, 4, 5, 6, 8; Bus 10, 12, 18, 19, 30, 32, 37, 38, 52

Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG | Amtsgericht Kassel HRB 2163 | Ust.-Ident.-Nr.: DE811218145  
Vorsitzender des Aufsichtsrates: Oberbürgermeister Bartram Hilgen | Vorstand: Dipl.-Kfm. Andreas Heibig (Vorsitzender) | Dipl.-Ing. Martin Klok | Dr. Thorsten Ebert  
Kasseler Sparkasse | BLZ 520 503 53 Konto 118 101 | BIC-Code HELADEF1KAS | IBAN DE78 5205 0353 0000 1181 01

Seite 2 von 2

In der Gemeinde Söhrewald gab es abweichende Auffassungen zwischen der KVG und dem ASV hinsichtlich der farblichen und taktilen Darstellung der Einstiegsbereiche auf den Haltestellen.

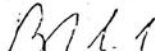
In beiden Fällen war es somit nicht möglich, den im Stadtgebiet umgesetzten Kasseler Standard im Sinne durchgängiger barrierefreier Wegeketten auch in das Umland zu übertragen. Die KVG steht diesbezüglich weiterhin im fachlichen Austausch mit dem ASV.

Letztendlich entscheidet über den auszuführenden Standard der jeweilige Straßenbulasträger. An diese Vorgabe ist die KVG gebunden.

Freundliche Grüße

Kasseler Verkehrs-Gesellschaft  
Aktiengesellschaft

ppa.

  
Blobel

i. A.

  
Wiesenhütter



Vorlage Nr. 101.16.1565

Kassel, 21.12.2009

## **Barrierefreies Rathaus**

### **Anfrage**

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

Für das Jahr 2009 ist für die Zweckbestimmung „Barrierefrei Bauen“ ein Investitionsvolumen von 100.000 € vorgesehen.

1. Unseres Wissens wurde zur Barrierefreiheit in Abstimmung mit dem Behindertenbeirat und dem Hauptamt bereits im Jahr 2008 ein Maßnahmenplan entwickelt, der für das Jahr 2008 z.B. die behinderungsgerechte Nachrüstung vorhandener Aufzüge mit einer Sprachausgabe vorsah. Wann wird diese Maßnahme konkret umgesetzt?
2. Welche konkreten Maßnahmen aus der aktuell vom Behindertenbeirat erstellten Prioritätenliste werden noch in diesem Jahr umgesetzt?
3. Werden nicht verbrauchte Haushaltsmittel in das Jahr 2010 übertragen und welche Ansätze sind für das „Barrierefreie Rathaus“ in den Jahren 2010 und 2011 vorgesehen?

Fragesteller/-in:                    Stadtverordnete Petra Friedrich

gez. Uwe Frankenberger, MdL  
Fraktionsvorsitzender

**Vorlage Nr. 101.16.1583**

**Der gemeinsame Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport am 09.02.2010 von den Antragstellenden Fraktionen zurückgezogen.**

**Einrichtung einer Meldestelle für barrierefreie Wohnungen**

**Gemeinsamer Antrag**

**zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Einrichtung einer Meldestelle für barrierefreie Wohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbestand zu prüfen oder auf andere Weise sicherzustellen, dass Wohnungssuchende für eine barrierefreie Wohnung entsprechende Auskünfte aus einer Hand erhalten können. Die Meldestelle sollte so ausgestaltet sein, dass sich auch Vermieter nicht öffentlich geförderter Wohnungen daran beteiligen können.

**Begründung:**

Lt. Wohnungsmarktbericht 2009 des Wohnungsamtes hat sich die Zahl der barrierefreien Wohnungen im öffentlichen Wohnungsbestand im Erhebungszeitraum nicht erhöht. Von 7.044 öffentlich geförderten Wohnungen seien 378 WE barrierefrei. Die Zahl der behindertengerechten WE liege bei 33 (0,4%), die der behindertenfreundlichen bei 345 WE (4,3%). Das Wohnungsamt beabsichtigt daher mit Blick auf die demografische Entwicklung, künftig einen Schwerpunkt auf den altengerechten Umbau von Wohnungen zu legen. So können Wohnungen modernisiert, barrierefrei oder barriere reduziert gestaltet und mit moderner Haustechnik ausgestattet werden. Wir begrüßen und unterstützen diese Zielsetzung des Wohnungsamtes ausdrücklich. Neben Menschen mit altersbedingt eingeschränkter Mobilität profitieren davon Menschen mit Behinderungen genauso wie Familien mit Kindern. Da es aufgrund der demografischen Entwicklung zunehmend z.B. ältere MitbürgerInnen geben wird, die zur besseren Versorgung ihre bisherige Wohnung aufgeben und altersgerecht ausgestattete Wohnungen suchen, um dort möglichst lange selbstständig leben zu können, ist es sinnvoll, eine Auskunfts-/Meldestelle für behindertengerechte Wohnungen einzurichten.

Berichtersteller/-in:                      Stadtverordnete Petra Friedrich

Uwe Frankenberger, MdL  
Fraktionsvorsitzender SPD

Karin Müller, MdL  
Fraktionsvorsitzende B90/Grüne

**Vorlage Nr. 101.16.1584**

**Der gemeinsame Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für  
Soziales, Gesundheit und Sport am 09.02.2010 von den Antrag  
stellenden Fraktionen zurückgezogen.**

**Barrierefreiheit nicht zu Lasten blinder Menschen**

**Gemeinsamer Antrag**

**zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird gebeten, sich bei der KVG dafür einzusetzen, dass bei  
Linienführung der öffentlichen Verkehrsmittel über das Stadtgebiet hinaus der Kasseler  
Standard bei den Zugängen zu den Haltestellen umgesetzt wird.

**Begründung:**

Eine Nullabsenkung an den Zugängen zu den Haltestellen erfüllt zwar die Anforderungen von  
mobilitätsbehinderten Menschen, lässt die Bedarfe von Blinden jedoch außen vor. Blinde  
Menschen benötigen Absätze an den Bordsteinkanten für die Orientierung.

Noch in diesem Jahr wird es eine bundeseinheitliche DIN für die Gestaltung von Zugängen zu  
Haltestellen geben. Für bisher umgesetzte Zugänge wird Bestandsschutz gewährt. Der sehr gute  
und praktikable Standard der Stadt Kassel wird im Umland nicht umgesetzt. Im Interesse von  
blinden Menschen sollte hier eine Lösung gefunden werden.

Berichterstatter/-in:                      Stadtverordnete Petra Friedrich

Uwe Frankenberger, MdL  
Fraktionsvorsitzender SPD

Karin Müller, MdL  
Fraktionsvorsitzende B90/Grüne

**Vorlage Nr. 101.16.1593**

Kassel, 19.01.2010

**Der Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport am 09.02.2010 von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.**

**Total Kürzungen und Sanktionen in den Geschäftsbericht der AFK aufnehmen**

### Antrag

### **zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

sich dafür einzusetzen, dass im Geschäftsbericht der AFK die monatliche Anzahl der Personen im SGBII-Bezug

- a) mit Total Kürzungen (Regelsatz + KdU) und
  - b) mit Total Kürzungen des Regelsatzes
- aufgeführt werden.

Außerdem soll sich der Magistrat dafür einsetzen, dass die im jeweiligen Jahr verhängten Sanktionen nach Sanktionsgrund aufgeschlüsselt werden, dass aufgeschlüsselt wird, gegen wie viele Sanktionen Widerspruch eingelegt bzw. Klage erhoben wurde und wie viele Sanktionen wieder zurückgenommen werden mussten.

### Begründung:

Im Sozialausschuss im Sommer 2009 sagte der Leiter des Sozialamts und der AFK Herr Ruchhöft, dass es keine Total Kürzungen gäbe, so dass grundsätzlich zumindest die Miete für LeistungsempfängerInnen übernommen werde. Immer wieder werden uns aber anders lautende Aussagen von Betroffenen zugetragen. Es geht darum Klarheit über die Vorgehensweise der AFK zu schaffen; denn klar ist, dass eine völlige Kürzung der Bezüge u.a. leicht zu Obdachlosigkeit führen kann.

Berichterstatter/-in:                      Stadtverordnete Renate Gaß

gez. Norbert Domes  
Fraktionsvorsitzender

**(Total-)Kürzungen im AFK-Bericht**

**Anfrage**

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

- 1) Wie viele Totalkürzungen und wie viele Teilkürzungen gab es im Jahr 2009 in den einzelnen Monaten bei der AFK? Bitte auch nach Gründen für die Kürzungen aufschlüsseln.
- 2) Wie viele Personen gibt es (monatlich), die zahlungsunfähig oder verschuldet sind bzw. kein oder zu geringes Einkommen und trotzdem keine Sozialleistung bekommen, weil sie nach Ansicht der Stadt verwertbares Vermögen besitzen, welches aber nicht realisiert oder realisierbar ist?
- 3) Wie vielen Personen wurde 2009 monatlich die KdU gekürzt bzw. ganz gestrichen? (bitte monatlich auflisten)
- 4) Wie viele Familien bzw. Bedarfsgemeinschaften mit Kindern und kranke Personen waren darunter?
- 5) Hat die Stadt Erkenntnisse darüber, was mit den Personen, denen die Leistungen komplett gestrichen wurde, geschehen ist und wie viele Personen dadurch obdachlos geworden sind?
- 6) Wie viele Anträge auf Mietrückstandsübernahmen gab es in 2009? (Bitte monatlich auflisten)
- 7) Wie vielen Betroffenen wurde eine Mietrückstandsübernahme gewährt?
- 8) Woher kommt nach Ansicht des Magistrats die Veränderung der Anzahl obdachloser Personen und Mietrückstände?
- 9) Wie wird auf die veränderten Zahlen bei Mietrückständen und Obdachlosigkeit reagiert?
- 10) Welche Konsequenzen zieht die Stadt Kassel aus dem Mangel an angemessenem Wohnraum für 1- bzw. 2-Personenhaushalte (über 75% der Haushaltsgrößen der EHB sind 1-2PHH) auf dem Wohnungsmarkt?

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in:                    Stadtverordnete Renate Gaß

gez. Norbert Domes  
Fraktionsvorsitzender